



**Bund der Steuerzahler
Nordrhein-Westfalen e.V.**

BUND DER STEUERZAHLER • Postfach 14 01 55 • 40071 Düsseldorf

Brief an die Fraktionen
im Rat der Stadt Mettmann

Schillerstraße 14
40237 Düsseldorf
Telefon 0211 99 175-23
Telefax 0211 99 175-50
kanski@steuerzahler-nrw.de
www.steuerzahler-nrw.de

7. Februar 2020
I - ka

Entwurf des Haushaltsplanes 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund der Steuerzahler NRW e.V. hat die satzungsgemäße Aufgabe, die Öffentlichkeit über finanzpolitische Zusammenhänge zu informieren. Zusätzlich soll er Vorschläge für die Gestaltung des öffentlichen Finanzwesens unterbreiten. Heute wenden wir uns an Sie, weil wir nach Durchsicht des im Internet verfügbaren Entwurfes des Haushaltsplans 2020 in großer Sorge um die langfristige Solidität der Mettmanner Finanzen sind.

Nach den vorliegenden Zahlen rechnet die Verwaltung für dieses Jahr trotz steigender Steuereinnahmen mit einem betriebswirtschaftlichen Verlust in Höhe von rund 3,7 Millionen Euro. Er soll durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage buchhalterisch ausgeglichen werden. Die Ausgleichsrücklage, die vom Gesetzgeber eigentlich für diese Zwecke vorgesehen ist, steht wegen der Verluste der Vorjahre nicht mehr vollständig für den Etatausgleich zur Verfügung. Für die Haushalte bedeutet dies, dass eine echte Reserve nicht mehr existiert, weil in der Vergangenheit das Aufwandsniveau im Vergleich zu den Erträgen regelmäßig zu hoch war. Da auch in den Folgejahren in den Mettmanner Etats Fehlbeträge erwartet werden, befürchten wir zukünftig massive Steuererhöhungen. Dies ist zu kritisieren, weil das örtliche Hebesatzniveau heute schon sehr hoch ist, wie Vergleiche des Bundes der Steuerzahler NRW und anderer Institutionen zeigen.

Besorgniserregende Entwicklungen stellen wir auch in anderen Bereichen der städtischen Finanzen fest:

So soll - erstens - in den nächsten Jahren die Verschuldung auf über 195 Millionen Euro anwachsen. Zwischen 2016 und 2023 steigt die Schuldenlast um mehr als 70 Prozent. Hinweise, wie dieser Schuldenberg wieder abgetragen werden kann, finden wir im Haushaltsentwurf nicht.

**Bank-
verbindungen** Postbank Essen
IBAN: DE24 3601 0043 0058 9004 32
Volksbank Düsseldorf
IBAN: DE32 3016 0213 2600 9550 15

**Bund der
Steuerzahler** Überparteiliche, unabhängige,
gemeinnützige Vereinigung
Landesverbände in allen Bundesländern
Bundesverband mit Sitz in Berlin

**Verwaltungsrat
Vorstand** Prof. Dr. Cay Folkers, Vorsitzender
Rechtsanwalt Rik Steinheuer, Vorsitzender
Dipl.-Volkswirt Eberhard Kanski,
stellvertretender Vorsitzender

Zu überprüfen sind - zweitens - die Wachstumsraten der Personalausgaben. Diese laufenden Ausgaben nehmen im Zeitraum von 2018 bis 2023 von mehr als 28 auf über 38 Millionen Euro zu. Dies entspricht einem Wachstum von rund 35 %. Die aktuellen Steigerungsraten der Personalausgaben in den Orientierungsdaten, die vielen NRW-Städten als Richtschnur dienen, liegen nur bei einem Prozent jährlich. Ursächlich verantwortlich für diese hohe Zunahme der Personalausgaben ist ein fulminanter Anstieg der Planstellen auch in der Verwaltung selbst.

Für die schwierige Etatsituation sind - drittens - auch die ehrgeizigen kommunalen Investitionsprojekte verantwortlich. Der aktuelle Etatentwurf sieht u.a. zwei Großprojekte vor, den Bau einer Gesamtschule und einer Feuerwache. Hier will die Verwaltung sogenannte „Verpflichtungsermächtigungen“ beschließen lassen, die direkten Auswirkungen erst in den Haushalten der Folgejahre haben werden. Das ist haushaltsrechtlich zulässig, bindet aber die Politik langfristig. Damit werden den neuen Stadträten, die bekanntlich im September 2020 gewählt werden, Gestaltungsmöglichkeiten genommen. Anregen möchten wir ferner, den vorliegenden Etatentwurf um die im Gemeindehaushaltsrecht vorgesehenen Wirtschaftlichkeitsvergleichs- und Folgekostenberechnungen für die Investitionen zu erweitern. Diese Rechenwerke ermöglichen der Kommunalpolitik bessere Sachentscheidungen.

Der Bund der Steuerzahler appelliert deshalb an Sie als verantwortliche Kommunalpolitiker, an die Verwaltung heranzutreten, um sie zu einer Überarbeitung des Etatentwurfs 2020 zu bewegen. Die Jahresfehlbeträge sind ohne Griff in das städtische Tafelsilber auszugleichen. Die zukünftigen Kreditaufnahmen sind deutlich zu reduzieren. Der Investitionshaushalt ist zu überarbeiten. Folgekosten der Investitionen sind genau zu berechnen und in den Etat aufzunehmen. Aufgabenkritische Überlegungen sind das finanzpolitische Gebot der Stunde für die Verwaltung und die Politik.

Nur mit diesen Maßnahmen sind Steuererhöhungen zu vermeiden, die wir mit Blick auf die schwierige Etatlage für das Jahr 2021 prognostizieren, wenn jetzt nicht vom Stadtrat gegengeleitet wird.

Mit freundlichem Gruß

